



Vertrag zur Gewährung eines Darlehens

zwischen

Kanton Zug, handelnd durch die Finanzdirektion

und

(Unternehmen)

,

Gestützt auf Art. 12 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für die Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020, die Verordnung des Bundes über die Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020 und die kantonale Verordnung über die Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallverordnung) vom 1. Dezember 2020 wird Folgendes vereinbart:

Leistungsumfang

Gestützt auf den Antrag des Unternehmens vom 00. Januar 1900 sowie der in diesem Zusammenhang eingereichten Unterlagen sowie der gemachten Selbstdeklarationen, gewährt der Kanton Zug Folgendes:

Darlehen in der Höhe von Franken mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2030 und einem ab 1. Januar 2024 jährlich festzulegenden Zinssatz

Verwendungszweck

Das Darlehen darf ausschliesslich zur Finanzierung des betrieblichen Nettoumlaufvermögens (Working Capital) des Unternehmens verwendet werden.

Zinssatz für Darlehen

Der Zinssatz für das Darlehen gemäss Abschnitt Leistungsumfang beträgt bis 31. Dezember 2023 0.00 % p.a., anschliessend wird durch die Finanzdirektion des Kantons Zug jährlich ein zu entrichtender Zinssatz festgelegt. Bei der Festlegung des Zinssatzes werden unter anderem die jeweils aktuellen Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt berücksichtigt. Zinssatzänderungen werden auf elektronischem Weg mitgeteilt. Die Zinsberechnung erfolgt auf der Basis der Usanz act/360, d.h. effektive Anzahl Tage pro Monat auf ein 360-Tage-Jahr.

Zins- und Amortisationszahlungen

Ab dem 1. Januar 2024 reduziert sich das gewährte Darlehen halbjährlich um 1/14, jeweils per 30.06. und 31.12., erstmals per 30.06.2024, letztmals per 31.12.2030, und um den verbleibenden Restbetrag per Ablauf der Laufzeit des vorliegenden Vertrags. Das Darlehen ist entsprechend zu amortisieren. Ausserterminliche und höhere als die vertraglich vereinbarten Amortisationen sind mit Angabe eines Zahlungsgrunds und der Gesuchsnummer zulässig und führen automatisch zur Reduktion der Darlehenssumme auf die dannzumal jeweils aktuelle Benützung.

Die Zinsen und Amortisationen werden halbjährlich per 30.6. und 31.12. (Fälligkeitsdatum) zur Zahlung fällig. Das Unternehmen verpflichtet sich, den entsprechenden Betrag fristgerecht zu vergüten. Die vereinbarten Zins- und Amortisationstermine gelten als Verfalltage.

Laufzeit des Darlehens

Das Darlehen gemäss Abschnitt Leistungsumfang wird für eine feste Dauer bis zum 31. Dezember 2030 gewährt. Das Darlehen ist spätestens am Ende der Laufzeit zusammen mit den dannzumal ausstehenden Zinsen vollständig zurückzuzahlen; vorbehalten bleibt eine vorzeitige Kündigung des Vertrags nach Massgabe des Abschnitts Kündigung.

Kündigung

Das Unternehmen hat das Recht, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von fünf Arbeitstagen jederzeit zu kündigen.

Der Kanton Zug hat das Recht, den Vertrag aus wichtigem Grund per sofort zu kündigen, insbesondere wenn:

- das Unternehmen die Bestimmungen des vorliegenden Vertrags, der Covid-19-Härtefallverordnung des Bundes oder der kantonalen COVID-19-Härtefallverordnung verletzt, insbesondere wenn sie mit der Bezahlung eines Zinses oder einer Amortisationsrate mehr als 30 Tage im Rückstand ist;
- gegen das Unternehmen irgendwelche Zwangsvollstreckungsmassnahmen getroffen werden, wie Nachlassstundungs- bzw. Nachlassvertragsverfahren, Pfändung, Pfandverwertung, Konkurs oder Vermögenswerte mit Arrest belegt werden;
- das Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, eine andere seiner allfälligen Verpflichtungen gegenüber dem Kanton zu erfüllen;
- andere Kredite oder ähnliche Verpflichtungen, welche das Unternehmen gegenüber dem Kanton oder Dritten eingegangen ist, aufgrund von Verzugs- und/oder Fälligkeitsklauseln vorzeitig gekündigt werden, und/oder falls dem Kanton zur Kenntnis gebracht wird, dass andere Kredite oder anderweitige Verpflichtungen des Unternehmens gegenüber Dritten von diesem bei Fälligkeit nicht erfüllt werden konnten;
- das Unternehmen oder eine ihrer wichtigen (mehrheitlich beherrschten) Tochtergesellschaften aus irgendeinem Grund ihre rechtliche oder wirtschaftliche Struktur ändert, z.B. durch Liquidation, Veräusserung eines wesentlichen Teils der Aktiven, Änderung der Trägerschaft, Fusion oder Restrukturierung, und sofern der betreffende Vorgang einen wesentlichen Einfluss auf die Fähigkeit des Unternehmens hat, ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen.

Mit der Kündigung des Vertrags fällt die Darlehensgewährung per sofort dahin und der gesamte noch offene Darlehensbetrag zzgl. aufgelaufener Zinsen werden per sofort zur Rückzahlung fällig.

Ersatz des Vertrags

Wird der vorliegende Vertrag durch einen neuen ersetzt, gilt der neue Vertrag vollumfänglich für die bisher gewährten Leistungen.

Auszahlungsbedingungen

Die unter dem vorliegenden Vertrag gewährten Leistungen werden über den Sofortbeitrag aus der 1. Tranche hinaus erst ausbezahlt, wenn der rechtsgültig unterzeichnete Vertrag beim Kanton eingegangen ist und der Kantonsratsbeschluss betreffend Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefälle) in Rechtskraft erwachsen ist. Sofern die Beibringung weiterer Unterlagen als Voraussetzung für die Auszahlung vereinbart wurde, müssen auch diese dem Kanton vor der Auszahlung vorliegen.

Die Auszahlung der Leistungen gemäss Abschnitt Leistungsumfang erfolgt aufgeteilt in zwei Halbjahrestranchen auf das im Gesuch angegebene Schweizer Bankkonto.

Die zweite Tranche wird nur vollumfänglich ausbezahlt, sofern folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

- das Folgegesuch wurde vollständig und mit den erforderlichen Beilagen/Nachweisen eingereicht;
- der Rahmenkredit gemäss Kantonsratsbeschluss betreffend Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefälle) vom 17. Dezember 2020 reicht auch für die vollständige Auszahlung der in Aussicht gestellten zweiten Tranche;
- das Unternehmen erfüllt die Voraussetzungen gemäss Covid-19-Härtefallverordnung des Bundes und der COVID-19-Härtefallverordnung des Kantons im Zeitpunkt der Auszahlung der zweiten Tranche und
- die epidemiologische sowie wirtschaftliche Lage sind mit derjenigen zum Zeitpunkt der Auszahlung der ersten Tranche vergleichbar bzw. nicht wesentlich verbessert.

Das Unternehmen anerkennt hiermit, dem Kanton Zug den auf das im Gesuch angegebene Bankkonto ausbezahlten Betrag gemäss Abschnitt Leistungsumfang nebst Zins gemäss Abschnitt Zins- und Amortisationszahlungen zu schulden.

Zusicherungen

Mit Unterzeichnung des vorliegenden Vertrags bestätigt das Unternehmen dem Kanton und sichert ihm zu, dass

- seine in der Selbstdeklaration, welche integrierenden Bestandteil des vorliegenden Vertrages bildet, gemachten Angaben vollständig und wahr sind;
- am Kapital des Unternehmens Bund, Kantone und Gemeinden insgesamt nicht zu mehr als zehn Prozent beteiligt sind;
- das Unternehmen im Kanton Zug eine operative Tätigkeit ausübt, im Kanton Zug über eigene Geschäftsräumlichkeiten verfügt und im Kanton Zug eigenes Personal beschäftigt;
- das Unternehmen einen allfällig gewährten Covid-19-Kredit (in Form einer Kontokorrentlimite) vollständig ausgeschöpft hat;
- das Unternehmen die Rechtsform eines Einzelunternehmens, einer Personengesellschaft oder einer juristischen Person mit Sitz in der Schweiz aufweist;
- das Unternehmen am 1. Oktober 2020 seinen Sitz im Kanton Zug hatte;
- das Unternehmen vor dem 1. März 2020 ins Handelsregister eingetragen wurde bzw. bei fehlendem Handelsregistereintrag vor dem 1. März 2020 gegründet wurde;
- die Lohnkosten des Unternehmens überwiegend in der Schweiz anfallen;
- die zumutbaren Selbsthilfemassnahmen ergriffen wurden;
- keine branchenspezifischen Covid-Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien bezogen wurden;
- das Unternehmen zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung nicht überschuldet ist und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet war;
- sich das Unternehmen zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung nicht in einem Konkursverfahren oder in Liquidation befindet;

- das Unternehmen am 15. März 2020 keine Rückstände über die ordentlichen Zahlungsfristen hinaus bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber Bund, Kantonen oder Gemeinden oder bei der Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträgen hatte;
- dass der Jahresumsatz 2020 des Unternehmens in Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt;
- in den Gesuchsunterlagen sämtliche allfällig gewährte Mieterlasse, Versicherungsleistungen im Zusammenhang mit COVID-19 oder andere damit zusammenhängende Entschädigungen oder Erleichterungen aufgeführt sind;
- das Unternehmen die vom Kanton unter diesem Vertrag gewährten Leistungen ausschliesslich zur Finanzierung des betrieblichen Nettoumlaufvermögens (Working Capital) verwenden wird, und insbesondere nicht für die Ablösung von bestehenden Darlehen und dergleichen, nicht für Investitionen (ausser Ersatzinvestitionen), Kapitalausschüttungen, nicht zur Rückführung von Privat-, Aktionärs- oder Gruppendarlehen, nicht für die Gewährung von Aktivdarlehen jeglicher Art und nicht für die Zahlung von Boni und dergleichen;
- das Unternehmen keine Dividenden oder Tantiemen ausschüttet: während der gesamten Laufzeit des Darlehens bzw. während fünf Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags;
- die gewährten Leistungen nicht an eine mit ihnen direkt oder indirekt verbundene Gruppengesellschaft, die ihren Sitz nicht in der Schweiz hat, überträgt (zulässig ist jedoch insbesondere das Erfüllen vorbestehender ordentlicher Zins- und Amortisationszahlungspflichten innerhalb einer Gruppenstruktur);
- dem Unternehmen bekannt ist, dass bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben unter anderem wegen Betrugs (Art. 146 StGB) und/oder Urkundenfälschung (Art. 251 StGB) strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden kann und
- dem Unternehmen bekannt ist, dass bei Missbrauch die gewährten Leistungen sofort zurückzuerstatten sind und zusätzlich eine Umtriebsentschädigung von 5000 Franken erhoben werden kann.

Negative Vertragsverpflichtungen

Im Weiteren verpflichtet sich das Unternehmen, während der gesamten Laufzeit dieses Vertragsverhältnisses mit dem Kanton:

- bestehenden oder neuen Gläubigern mit Bezug auf die Sicherung von Krediten keine Besserstellung einzuräumen und insbesondere weder selber noch durch Dritte Sicherheiten zur Verfügung zu stellen, ohne dem Kanton die gleichen Rechte einzuräumen;
- ohne die schriftliche Zustimmung des Kantons, weder für bestehende noch für künftige Verpflichtungen des Unternehmens Sicherheiten aus eigenem Vermögen zugunsten Dritter zu verpfänden oder abzutreten. Ebenso sind für Verpflichtungen, für die bereits Sicherheiten haften, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Kantons, keine zusätzlichen Sicherheiten an Dritte zu gewähren;
- ohne die schriftliche Zustimmung des Kantons, keine relevanten Aktiven des Anlagevermögens (z.B. Beteiligungen, Immobilien) zu veräussern.

Informationspflicht

Das Unternehmen verpflichtet sich, den Kanton über den Geschäftsverlauf und über relevante Änderungen im Management unaufgefordert informiert zu halten. Insbesondere verpflichtet sich das Unternehmen, dem Kanton jährlich innerhalb von fünf Monaten nach Abschluss unaufgefordert ein unterzeichnetes Exemplar der Bilanz und der Erfolgsrechnung (wo erforderlich inklusive Revisionsstellenbericht) einzureichen. Einzelunternehmen und Personengesellschaften verpflichten sich zusätzlich jährlich, innerhalb von fünf Monaten, die letzte Steuererklärung sowie die letzte definitive Veranlagungsverfügung unaufgefordert einzureichen.

Entbindung vom Bankkunden-, Steuer- und Amtsgeheimnis

Das Unternehmen entbindet hiermit den Kanton, die in den Gesuchsunterlagen aufgeführten Banken sowie die zuständigen Amtsstellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie die Beauftragten der Vorgenannten von den Geheimhaltungsvorschriften, insbesondere vom Bankkunden-, Steuer- und Amtsgeheimnis. Das Unternehmen stimmt hiermit dem Datenaustausch zwischen dem Kanton, den in den Gesuchsunterlagen aufgeführten Banken und den zuständigen Amtsstellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie den Beauftragten der Vorgenannten zu. Das Unternehmen ermächtigt hiermit den Kanton und beauftragte Dritte selbstständig alle gewünschten Auskünfte und Unterlagen beim Unternehmen, bei Behörden, Banken, Buchhaltungs-/Treuhand-/Revisionsstellen und Dritten einzuholen.

Abtretung und Übertragung/ Verrechnungsverzicht

Der Kanton darf seine Forderungen unter diesem Vertrag an Dritte abtreten bzw. übertragen. Das Unternehmen verzichtet hiermit auf sein Verrechnungsrecht mit Bezug auf allfällige Forderungen, die er gegenüber dem Kanton gegenwärtig bereits besitzt oder künftig erwerben wird.

Anwendbares Recht und Gerichtstand

Dieser Vertrag und die unter ihm gewährten Leistungen unterstehen ausschliesslich schweizerischem Recht. Erfüllungsort, Betreibungsort und ausschliesslicher Gerichtsstand für alle Verfahrensarten ist Zug.

Dieser Vertrag wurde in zwei Originalexemplaren ausgefertigt. 0

0

Ort, Datum	0	0
	0	0

Finanzdirektion

Zug	Heinz Tännler Regierungsrat	Thomas Lötscher Generalsekretär
-----	--------------------------------	------------------------------------